

Der Vorsitzende bat Herrn Herbert Krämer als Vorsitzenden des Verschönerungsvereins für das Siebengebirge (VVS) um ein Statement zur geplanten Errichtung des Nationalparks Siebengebirge.

Herr Krämer bedankte sich für die Einladung zu der heutigen Sitzung. Er bezeichnete die bisherige Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen als einvernehmlich und vorbildlich. Nunmehr sei eine Rahmenvereinbarung vorgelegt worden, die über die Dauer der Legislaturperiode hinausgehe und Planungssicherheit für 20 Jahre biete. Die Partner müssten sich in den letzten drei Geltungsjahren der Vereinbarung dann erneut zwecks Verlängerung zusammensetzen.

Im Rahmen der Zweckverbands- und Anstaltssatzung sei erstmalig in Deutschland versucht worden, ehrenamtliches Engagement in die Verantwortlichkeit für einen Nationalpark zu integrieren. Dazu bedürfe es dieser etwas komplizierten Konstruktion. Auch Mitglieder des VVS würden sodann in der Zweckverbandsversammlung vertreten sein.

Das Wegekonzept sei darüber hinaus Teil der Nationalpark-Diskussion. Hier befinde man sich noch ganz am Anfang einer durchaus schwierigen Erörterungsphase. Bei anderen Nationalparks sei das Wegekonzept erst nach dem Grundsatzbeschluss für den Nationalpark erarbeitet worden. Er freue sich aber auf die jetzt folgenden umfangreichen Erörterungen.

Umweltdezernent Schwarz erläuterte den vorliegenden Beschlussvorschlag. Hierin sei noch ein deutlicher Entscheidungsvorbehalt enthalten. Man stehe noch am Anfang eines mehrjährigen Entscheidungsprozesses hin zu einem Nationalpark. Eine erste Phase der Vorarbeiten durch die eingerichteten Arbeitskreise sei nunmehr abgeschlossen. Jetzt könne man in die politische und öffentliche Debatte einsteigen, die etwa ein weiteres Jahr in Anspruch nehmen werde. Hierzu werde heute der Startschuss im Planungs- und Verkehrsausschuss erbeten.

Abg. Jablonski führte aus, seine Fraktion werde den Grundsatzbeschluss zum Nationalpark mittragen. Das Siebengebirge als eines der ältesten Naturschutzgebiete Deutschlands strahle als Wahrzeichen weit über die Grenzen der Region hinaus. Durch die Errichtung eines Nationalparks werde dies noch verstärkt.

In der in Bad Honnef vorgesehenen Nationalpark-Verwaltung würden neue Arbeitsplätze entstehen. Auch werde der Nationalpark weitere Touristen und Besucher anlocken. Zur Bewirtschaftung eines Nationalparks werde das Land Nordrhein-Westfalen zudem mehr Mittel als bisher für das Naturschutzgebiet bereitstellen und auch Liegenschaften der beteiligten Kommunen anpachten.

Herauszuheben sei, dass deutschlandweit erstmalig ein Bürgernationalpark entstehen solle, der gemeinsam mit Bürgern und Eigentümern getragen werde. Bei der Entwicklung des Grundsatzbeschlusses sei man einen sehr partnerschaftlichen Weg mit allen Betroffenen gegangen. Als Konsequenz aus dem heutigen Grundsatzbeschluss müsse ein touristischer Masterplan erarbeitet werden, damit der Nationalpark auch entsprechend angenommen und über die Region hinaus vermarktet werden könne. Wichtig sei schließlich auch die Untersuchung der verkehrlichen Fragestellungen im Zuge des verkehrswirtschaftlichen Gutachtens durch den Landesbetrieb Straßenbau NRW. Zudem müsse auch das Wegekonzept noch fortentwickelt werden, damit dieses mit Errichtung des Nationalparks bereits vorliege.

Abg. Tandler verwies auf die enorme Bedeutung dieses sehr ehrgeizigen Projektes für den Rhein-Sieg-Kreis. Er begrüßte insoweit das hohe Engagement in Königswinter und Bad Honnef, gerade auch auf Seiten der Bürgerschaft. Der Nationalpark diene nicht nur den Touristen,

sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern der beteiligten Kommunen. Dazu solle heute der planerische Startschuss erfolgen.

Die anstehenden Verkehrsprobleme müssten darüber hinaus dringend gelöst werden. Seine Fraktion habe bereits am 28.05.2001 einen Antrag zur Untersuchung realistischer Verkehrskonzepte zur Entlastung des Siebengebirges eingebracht. Dieser Antrag sei seinerzeit wegweisend gewesen, leider aber mit den Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion abgelehnt worden. Man wäre heute weiter, hätte man diesem Antrag stattgegeben und nicht am sog. Ennertaufstieg festgehalten. Die SPD-Kreistagsfraktion werde heute dem Grundsatzbeschluss zustimmen und bedanke sich ausdrücklich beim VVS für dessen umfangreiches ehrenamtliches Engagement.

Abg. H. Becker begrüßte für seine Fraktion ausdrücklich dieses Projekt, auch wenn noch manches Hindernis aus dem Weg zu räumen sei, sei es von der Größe oder vom kritischen bürgerschaftlichen Engagement her. Nunmehr verfüge man über eine geeignete Diskussionsgrundlage. Er halte die zeitlichen Planungen zur Erarbeitung eines Wegekzeptes bis zum Jahresende für durchaus ambitioniert. Erforderlich sei allerdings ein Konsens mit dem überwiegenden Teil der Bevölkerung.

Im Hinblick auf die verkehrliche Entwicklung verwies er auf die entsprechende Arbeitsgruppe des Bundesverkehrsministeriums und des Landes NRW, wo unter Einbeziehung des „Arbeitskreises Infrastruktur“ alle relevanten Maßnahmen diskutiert werden sollen. Es sei auch richtig, hier endlich den ÖPNV mit einzubeziehen. Er bat um regelmäßige Informationen über den jeweiligen Sachstand der Expertengespräche. Auch müsse sich der Kreistag an diesem Prozess aktiv beteiligen.

SKB Reker wies darauf hin, dass für seine Fraktion die Reihenfolge der Arbeitsschritte nicht richtig sei. Zuerst müsse ein Verkehrskonzept entwickelt werden, insbesondere auch um eine Akzeptanz in der Bevölkerung herzustellen. Bereits in der Eröffnungsveranstaltung am 07.02.2008 seien massive Vorbehalte diesbezüglich geltend gemacht worden, zumal nach aktuellen Prognosen mit ca. 30 % zusätzlichem Verkehr gerechnet werden müsse. Sollte es im Zuge des Verkehrskonzeptes zu einem positiven Ergebnis kommen, so werde auch seine Fraktion dem Projekt zustimmen. Heute werde sich die FDP-Kreistagsfraktion allerdings der Stimme enthalten, wobei er ausdrücklich hervorhob, dass man nicht grundsätzlich gegen den Nationalpark sei.

Abg. Jablonski entgegnete, dass ein Verkehrskonzept nicht benötigt werde, wenn man den Nationalpark nicht wolle. Zunächst sei daher der Grundsatzbeschluss als Voraussetzung für alle weiteren Schritte erforderlich. Als Konsequenz aus dem Grundsatzbeschluss werde man sich danach auch mit den verkehrlichen Fragen in Form des genannten Gutachtens befassen. Dies sei auch ausdrücklich Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende als Vertreter aus der Stadt Königswinter begrüßte, dass drei Fraktionen dem Projekt positiv gegenüber stehen. Die Bürgerschaft vor Ort sei bereits sehr stark involviert. Insoweit sehe er das Verfahren zur Bürgerbeteiligung auch als zentralen Punkt auf dem Weg hin zu einem Nationalpark. Er verwies ausdrücklich auf die Nachhaltigkeit dieses Projektes. Das älteste Naturschutzgebiet Deutschlands müsse auch für die nachfolgenden Generationen in seiner Einmaligkeit erhalten bleiben und fortentwickelt werden.